

Chachipe: Bericht einer Recherchereise ins Kosovo
Vortrag zum Internationalen Tag der Roma
Kulturpavillon Hannover, 8. April 2009

Im Winter 2008 lud uns die Leiterin des Regionalbüros der Weltgesundheitsorganisation in Belgrad, Dr. Dorit Nitzan, ein, an einer Mission der Weltgesundheitsorganisation im Kosovo teilzunehmen. Mittelpunkt dieser Mission war die Lage in den Flüchtlingslagern im Norden von Mitrovica, wo mehrere hundert Roma und Ashkali, seit fast zehn Jahren auf einem bleiverseuchten Gelände in der Nähe der Trepça Minen leben.

Die Lage in den Flüchtlingslagern Cesmin Lug und Osterode ist insofern spezifisch, als dass die Lösung dieser humanitären Katastrophe ein Zusammenspiel der internationalen Gemeinschaft mit den lokalen Machthabern in beiden Teilen Kosovos voraussetzt. Dennoch glauben wir, dass sich an diesem Beispiel die Probleme bei der Rückkehr und Reintegration der Roma exemplarisch aufzeigen lassen.

Die Flüchtlingslager Cesmin Lug und Osterode liegen nur wenige Kilometer von den im Sommer 2000 stillgelegten Trepça Minen entfernt. Im November 1999 hatte der UNHCR Binnenvertriebene aus dem Roma Mahala in Kosovska Mitrovica und dem Süden der Provinz zunächst vorübergehend auf einem freistehenden Gelände in der Nähe dieser Minen untergebracht. Nachdem eine Rückkehr der Flüchtlinge nicht mehr möglich schien, ließ der UNHCR Ende 1999 Holzbaracken errichten, womit die Übergangslösung zum Dauerzustand wurde.

Etwa zum gleichen Zeitpunkt stellte man bei französischen KFOR-Soldaten, die in der Nähe der Flüchtlingslager untergebracht waren (Osterode), stark erhöhte Bleiwerte fest. Daraufhin ließ der damalige Leiter der UN-Zivilverwaltung, Bernard Kouchner, die Minen schließen und ordnete gleichzeitig eine Bestandsaufnahme der Bleibelastung in der gesamten Umgebung an. Der UN-Arzt, der seine Ergebnisse im November 2000 vorlegte, verlangte eine Evakuierung der Flüchtlinge und eine Stilllegung des Geländes, das für Menschen unpassierbar gemacht werden sollte.

Zehn Jahre später leben die Flüchtlinge nach wie vor in der gleichen Umgebung. Eine Lösung ist auch heute noch nicht in Sicht.



Quelle: Danish Refugee Council

Auf dem ersten Bild sehen wir eine Luftaufnahme von Kosovska Mitrovica. Gelb umrandet ist das Gelände des ehemaligen Roma Mahala, das als eine der größten und ältesten Romasiedlungen in der Region galt. Zwischen dem 15. und 16. Juni 1999, also knapp eine Woche nach Ende des Krieges, wurde dieses Mahala zerstört und seine Einwohner vertrieben. Heute liegt das Mahala,

politisch gesehen, im südlichen Teil Kosovos. Die Flüchtlinge befinden sich im serbisch kontrollierten Norden.

Die Weltgesundheitsorganisation führte mehrere Analysen in der Region durch. Dabei bestätigte sich, dass der Boden in der gesamten Umgebung der Minen hochgradig mit Schwermetallen belastet ist, und sämtliche Bewohner erhöhte Bleiwerte aufweisen. Allerdings zeigte sich auch, dass die Roma und Ashkali, die in den Flüchtlingslagern untergebracht sind, wesentlich stärker belastet sind, als die übrigen Anwohner.

Im Juni 2004 schlug die damalige Leiterin des Kosovobüros der Weltgesundheitsorganisation, Gerry McWeeney, Alarm und forderte eine sofortige Evakuierung aller schwangeren Frauen und Kleinkinder. Vier Monate später wiederholte sie ihren Aufruf und verlangte die provisorische Evakuierung sämtlicher Bewohner der Lager, bis eine endgültige Lösung gefunden sei.

2005 erlangte das Thema kurzzeitig internationale Aufmerksamkeit. Dazu beigetragen haben die Berichte von NGOs und hochrangiger internationaler Vertreter, wie beispielsweise der damalige Kosovo Ombudsman, Marek Novicki und der Sonderbeauftragte des UN Generalsekretärs für die Lage der Binnenflüchtlinge, Walter Kälin, die allesamt eine sofortige Lösung des Problems forderten.

Anfang 2006 forderten die UNMIK und andere internationale Organisation die Flüchtlinge auf, vorübergehend in die ehemaligen französischen Militärbaracken umzuziehen, die eigens zu diesem Zweck mit viel Aufwand renoviert wurden. Einige Monate später wurde der feierliche Grundstein für den sogenannten Wiederaufbau des Romamahala gelegt, wo die Flüchtlinge das versprochene neue Heim finden sollten.

Noch in diesem Monat (April 2009) soll die zweite Phase des Wiederaufbauprojektes abgeschlossen werden. Allerdings hat dieses Projekt, das als größtes Rückkehrprojekt für Roma im Kosovo gefeiert wurde (siehe [Video des französischen Verteidigungsministeriums](#)), ein paar Schönheitsfehler:

Zunächst stellte sich die Stadtverwaltung in Mitrovica Süd quer: Sie wollte auf dem Gelände, wo die Roma gelebt hatten, ein Einkaufszentrum und eine Freizeitanlage errichten. Dabei nutzte sie das Argument, dass ein Teil der Häuser auf Gemeindeland errichtet waren und die Roma keine Eigentumstitel vorweisen konnten, was im Kosovo nicht unüblich ist.

Zu einer Übereinkunft kam es erst, nachdem die internationale Gemeinschaft, den Forderungen der Gemeindeverwaltung nachgab und ihr einen Teil des Geländes des ehemaligen Mahalas überließ.

Dies sorgte allerdings für Verärgerung bei den ehemaligen Bewohnern des Mahala, deren Vertreter das sog. Steering Committee für den Wiederaufbau des Mahalas fortan boykottierten.

Eine Rolle hat wohl auch gespielt, dass der Wiederaufbau des Mahalas mit einer Rückkehr der Roma ins Kosovo verknüpft wurde. Anhand dieses Beispiels sollte klargemacht werden, dass die Bedingungen für eine erfolgreiche Rückkehr der Flüchtlinge nunmehr erfüllt seien.

Laut Aussage des UNHCR konnten bisher mehr als 440 Personen ins Mahala zurückkehren. Sie verteilen sich auf 4 Apartmenthäuser sowie einige Dutzend ein- und mehrstöckige Häuser. Ein Vertreter der ehemaligen Bewohner des ehemaligen Mahalas bestreitet diese Angaben. Seinen Informationen zufolge stehen mehr als zwanzig Wohnungen und mehr als zwei Dutzend Häuser leer.

Der immense Leerstand wurde auch bei unserem Besuch im Januar offensichtlich. An vielen Häusern waren die Fenster eingeschlagen. Die Türen standen weit offen. An einem Haus konnten wir die Aufschrift UCK erkennen. Nach Auskunft von Anwohnern gehören diese Häuser Flüchtlingen, die im Ausland leben und nicht zurückkommen wollen.

Bewohner des Mahalas, denen wir auf der Straße begegneten, beklagten sich, dass es keine Arbeit gäbe. Zwar würden immer wieder Hilfsorganisationen das Mahala besuchen, doch Projekte blieben aus. Angesichts der Perspektivlosigkeit erklärten die Bewohner, dass es keine Bedingungen für eine Rückkehr der noch im Ausland lebenden Flüchtlinge gäbe. Wie so viele andere Flüchtlinge in der Region, hofften sie, Kosovo doch noch verlassen zu können.

Tatsächlich lädt das Mahala, in dem vor dem Krieg 8 000 bis 10 000 Menschen lebten, nicht zur Rückkehr ein. Nachdem die verbliebenen Häuserruinen geschleift und größtenteils beseitigt wurden, ist der größte Teil des Mahalas heute Ödland. Mit Ausnahme einer Polizeistation, die in einem der Apartmenthäuser untergebracht ist, einer Ambulanz und einem bescheidenen Kinderspielfeld, gibt es keinerlei öffentliche Infrastrukturen.

Arbeitsmöglichkeiten gibt es keine. Auch der versprochene Schultransport für Kinder wurde aus Geldmangel wieder eingestellt. Kinder, die im serbischsprachigen Norden zur Schule gehen, erzählten, dass sie beim Überqueren der Brücke über den Ibarfluss von Kosovoalbanern belästigt würden. Neben den Häusern breitet sich Müll aus. Offensichtlich wird er nicht entsorgt, vermutlich weil die Bewohner keine Abgaben bezahlen.

Über den vormaligen Herkunftsort der Rückkehrer konnten uns die internationalen Organisationen keine Auskunft geben. Die Menschen, mit denen wir sprachen, erklärten, sie kämen aus Serbien oder Montenegro.

Obwohl in diesem Monat (April 2009), 24 Familien aus den Lagern ins ehemalige Mahala ziehen sollen, möchte die Mehrheit der Flüchtlinge lieber im Norden bleiben. Gründe dafür gibt es viele und vielleicht einer davon, dass die Sozialversorgung im Norden besser ist.

Neun Monate sollten die Flüchtlinge ursprünglich im ehemaligen französischen Camp Osterode bleiben, das als Durchgangsstation auf dem Weg in ein neues Heim präsentiert wurde. Ein Teil der Kinder mit besonders hohen Bleiwerten unterlief damals eine Therapie, die aber schon nach kurzer Zeit unter unklaren Umständen wieder eingestellt wurde.

Im März 2008 führte das Gesundheitsinstitut in Mitrovica Nord neue Tests durch, die belegen, dass die Bleiwerte im Blut der Kinder nach wie vor sehr hoch sind. Zum Vergleich: In westlichen Industrieländern gilt heute ein Wert von 5 Mikrogramm pro Deziliter Blut als Höchstgrenze. Bei den im März 2008 durchgeführten Tests ergab sich ein Mittelwert von 38,9 Mikrogramm pro Deziliter Blut.

Erhöhte Bleiwerte im Blut führen zu bleibenden Gesundheitsschäden, insbesondere bei Kindern. Sie verursachen unter anderem Gehirnschädigungen, die sich in einem verringerten Intelligenzquotient und Lernschwierigkeiten niederschlagen. Über die Nabelschnur wird das Blei an die nächste Generation weitergegeben.

Die Visite im Januar bestand größtenteils in Gesprächen mit Vertretern internationaler Organisationen und lokaler Behörden. Dabei stellte sich heraus, dass das Ausmaß der

Katastrophe inzwischen hinreichend bekannt ist und Übereinstimmung darin besteht, dass die Flüchtlinge dringend evakuiert werden müssen. Die Frage ist allerdings wohin, da die Flüchtlinge nicht ins Mahala „zurückkehren“ wollen, und im Norden offensichtlich kein Platz für sie ist, bzw. die serbische politische Elite nicht gewillt ist, sie dauerhaft im Norden aufzunehmen.

Dabei stellt sich als besonderes Problem, dass die UNMIK ihre Kompetenzen inzwischen weitgehend abgetreten hat, und die EULEX im Norden keinen Einfluss hat. Bemerkenswert fanden wir, dass die Vertreter der internationalen Gemeinschaft die Blockadehaltung der Kosovoalbaner und Kosovoserben hinnehmen, aber die Roma dafür verantwortlich machen, dass ihre Lage nicht gelöst ist. Dabei dürfte klar sein, dass die Roma wieder einmal zu einem Spielball politischer Interessensgegensätze zwischen Kosovoserben und –albanern geworden sind und daher, mehr als jede andere Gruppe, auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen sind.

Dieses möchten wir an folgendem Beispiel belegen. Während eines Gesprächs mit der Weltgesundheitsorganisation schilderte der Leiter des Gesundheitszentrums in Mitrovica Nord, der im Übrigen auch ein Lokalpolitiker ist, eindringlich und durchaus rührend, wie er der Vertreibung der Roma aus dem Mahala machtlos zuschauen musste und sich dann für ihre Unterbringung in seiner Gemeinde, Leposavić, einsetzte. Allerdings erklärte er dann, dass sie dort nicht bleiben könnten, da sie eines der besten Grundstücke in der Gemeinde belegten, für das die Gemeinde anderweitige Pläne habe.

Angesichts der Tatsache, dass es der internationalen Gemeinschaft in zehn Jahren nicht gelungen ist, ein paar hundert binnervertriebene Roma und Ashkali sicher unterzubringen, stellt sich die Frage, wie die Rückkehr mehrerer zehntausend Menschen bewerkstelligt werden soll, die in den kommenden Jahren nach Kosovo „zurückgeführt“ werden sollen. Nachdem wir Vertreter der UNMIK auf diesen Widerspruch aufmerksam gemacht hatte, erhielten wir zur Antwort, dass es nach wie vor keine Bedingungen für eine Rückkehr der Flüchtlinge ins Kosovo gäbe.

Ein Vertreter der UNMIK meinte sogar, dass selbst die Reintegration abgeschobener Kosovoalbaner Schwierigkeiten bereite, sofern diese in Kosovo keine Unterkunftsmöglichkeit hätten. Er forderte meine Organisation auf, dass wir die westlichen Regierungen auf dieses Problem hinweisen sollten, um Abschiebungen zu verhindern. Gleiche Reaktionen erhielten wir später von anderen UNMIK-Vertretern, sowie von Vertretern des UN-Flüchtlingswerks.

Die Regierung Kosovos hat im Oktober 2007, auf Druck westlicher Aufnahmeländer und unter starker Mitwirkung internationaler Organisationen wie beispielsweise der UNMIK und dem UN-Flüchtlingswerk, eine Strategie für die Integration abgeschobener Flüchtlinge oder sog. illegaler Ausländer angenommen. Diese Strategie ist auf 5000 Personen jährlich ausgelegt. Allerdings bereitet ihre Umsetzung Probleme. Die UNMIK stellt in ihrem letzten Bericht fest, dass insbesondere die Integration „schwacher“ („*vulnerable*“) Bevölkerungsgruppen, zu denen die Roma gezählt werden, Sorgen bereite.

Offensichtlich rechnen westliche Regierungen damit, dass das Transitzentrum für Flüchtlinge, das in Kosovo gebaut werden soll, zunächst einmal als Aufnahmelager für abgeschobene Asylbewerber erhalten kann. Bis dahin kommt es schon mal vor, dass abgeschobene Flüchtlinge auf der Straße übernachten müssen.

Neben diesen grundlegenden Problemen kommt, dass es für Roma im Kosovo kaum Beschäftigungsmöglichkeiten gibt. Wie aus einer Statistik der UNMIK hervorgeht, sind die Roma im öffentlichen Dienst und bei den öffentlichen Unternehmen, mit Ausnahme der Müllabfuhr, vollkommen unterrepräsentiert. Auch bei internationalen Organisationen arbeiten kaum Roma.

So verwundert es nicht, dass die Roma stärker als jede andere Gemeinschaft im Kosovo, von Überweisungen aus dem Ausland abhängig sind. Abschiebungen sind also im doppelten Sinne eine Katastrophe, für die, die abgeschoben werden, und ihre Familien im Kosovo.

Die politische Situation haben wir vorhin anhand der Lage der Binnenflüchtlinge im Norden verdeutlicht. Ähnliche Situationen gibt es an anderen Orten zum Beispiel in Rudes bei Peć, wo Ashkalifamilien an einer Rückkehr an ihren ursprünglichen Herkunftsort gehindert werden, da sich dieser nun in einer im Plan des internationalen Vermittlers Ahtisaari als Schutzzone ausgewiesenen Bereich befindet. Dabei ist die Rückkehr der Flüchtlinge ein international verbrieftes Recht und in der UN Resolution 1244 (1999) festgeschrieben.

Aber auch in weniger angespannten Situationen bleibt den Roma sonst nichts als sich den jeweiligen lokalen Mehrheiten anzupassen. Die vielgepriesenen Minderheitenrechte im Kosovo nützen ihnen wenig. Die Mehrheit dieser Rechte sind ganz klar auf die Kosovoserben zugeschrieben. Bei anderen, zum Beispiel dem Gebrauch der Muttersprache im Umgang mit lokalen Behörden oder muttersprachlichem Unterricht kommt es ganz auf die politischen Verhältnisse vor Ort an, und da sind die Roma in jedem Fall unterlegen.

Ein Beispiel: Das Kosovoamtsblatt erscheint in den sogenannten Amtssprachen, Albanisch und Serbisch, sowie in Englisch, aber auch in Türkisch und Bosnisch. Nun sind die Unterschiede zwischen Bosnisch und Serbisch, wenn man mal von dem kyrillischen Alphabet absieht, minimal, während Romanes eine eigenständige Sprache ist.

Muttersprachlichen Unterricht in Romanes gibt es in Kosovo nirgends. An einigen serbischen Schulen besteht die Möglichkeit, Romanes als Wahlfach zu lernen. Dies steht nicht nur im Gegensatz zur Verfassung und dem Gesetz über den Sprachgebrauch, sondern erschwert zudem die Integration der Kinder, die im Ausland geboren und aufgewachsen sind, und neben der Sprache ihres Aufnahmelandes nur Romanes sprechen.

Wir sind bereits auf die Diskriminierung von Roma auf dem Arbeitsmarkt eingegangen. Eine andere Form der Diskriminierung ist der Ausschluss von öffentlichen Dienstleistungen. Zum Teil mag es hierfür sogar objektive Gründe geben, wie zum Beispiel bei der Stromversorgung oder bei der Müllabfuhr, wo diejenigen nicht versorgt werden, die nicht zahlen können. Da Roma allerdings zum ärmsten Segment der Bevölkerung gehören, ergibt sich im Endeffekt trotzdem eine Form von Diskriminierung.

Unser Aufenthalt im Kosovo war zu kurz um sich ein umfassendes Bild von der Sicherheitslage zu machen. Der Leiter der UN-Zivilverwaltung, Lamberto Zannier, hat die Lage in Kosovo kürzlich als stabil, aber potenziell unruhegefährdet bezeichnet. Neben der politischen Lage kommt dazu, dass Kosovo eine Durchgangsstation für Mafia- und Schleuseraktivitäten jeder Art ist. Unseren Kontakten vor Ort entnehmen wir, dass Roma nach wie vor in Angst leben. Im Herbst vergangenen Jahres erhielten wir die Nachricht, dass eine Romafrau, in einem Krankenhaus in Priština vergewaltigt wurde. Aus Scham und aus Angst vor Repressalien erstattete die Familie keine Anzeige.

Während unserer Reise erfuhren wir, dass es immer wieder zu Diebstählen von landwirtschaftlichen Geräten oder Vieh kommt, womit Menschen ihrer Einkommensgrundlage

beraubt werden. Außerdem kommt es immer wieder vor, dass leerstehende oder widerrechtlich besetzte Häuser von ihren Bewohnern oder Nachbarn zerstört werden, sobald der Eigentümer versucht, über ein von der UNMIK etabliertes Schema Miete einzutreiben. Dies wurde uns von Vertretern der UNMIK bestätigt.

Zu unserer Überraschung hörten wir, dass Vorfälle, die einen wirtschaftlichen Hintergrund haben, nicht als „interethnische Zwischenfälle“ gelten, und daher nicht von der UNMIK erfasst werden. Dies ist in jeder Hinsicht merkwürdig, wenn man bedenkt, dass der Konflikt im Kosovo wie in anderen Teilen Jugoslawiens im Wesentlichen ein Verteilungskonflikt ist.

Diese Bedingungen stellen keinesfalls eine Grundlage für eine sichere und dauerhafte Rückkehr der Flüchtlinge. Auch wenn es nur noch selten zu sogenannten Zwischenfällen kommt, so sind diese keineswegs auszuschließen. Der wesentliche und unmittelbare Hinderungsgrund für die Mehrheit der Roma liegt allerdings in der allgegenwärtigen Diskriminierung, die aus sämtlichen internationalen Berichten hervorgeht. Im Zusammenhang mit knappen Ressourcen kann man hier durchaus von einer Art „ökonomischer Kriegsführung“ sprechen, die ein Überleben im Endeffekt unmöglich macht.

Es ist demnach weiter nicht verwunderlich, dass die Zahl derer, die freiwillig ins Kosovo zurückkehren äußerst gering ist. Laut Angaben des UN-Flüchtlingswerks sind in den vergangenen acht Jahren 18 232 Angehörige von lokalen Minderheiten „freiwillig“ nach Kosovo zurückgekehrt, davon 2 488 Roma. Seit den Pogromen im März 2004 ist diese Zahl rückläufig. Im vergangenen Jahr kehrten nur mehr 582 Angehörige lokaler Minderheiten „freiwillig“¹ nach Kosovo zurück.

Kontrastiert man diese Zahl, mit der Zahl von Menschen, die Kosovo alljährlich verlassen - im vergangenen Jahr haben circa 9100 Menschen aus dem Kosovo im Ausland Asyl beantragt, so stellt man fest, dass der Bevölkerungsabfluss anhält.

Laut UNHCR sind 84,5 Prozent aller freiwilligen Rückkehren „dauerhaft“. Allerdings beruht diese Aussage keineswegs auf einer wissenschaftlichen Erhebung, sondern auf Beobachtungen der „field teams“. Dabei wurde die Rückkehr eines Flüchtlings selbst dann noch als dauerhaft bezeichnet, wenn der Besagte zum Zeitpunkt des Besuchs nicht anwesend war, aber davon auszugehen war, dass er oder sie innerhalb eines Sechs-Monats-Zeitraums wieder auftauchen würde.

Im Gegensatz dazu rechnet der UNHCR damit, dass 90 Prozent der Menschen, die nach Kosovo abgeschoben werden, Kosovo bereits kurze Zeit später wieder verlassen. Im Klartext heisst das, wer Menschen ins Kosovo abschiebt, nimmt ihre spätere „Illegalität“ billigend in Kauf.

Angesichts der Tatsache, dass es die internationale Staatengemeinschaft in zehn Jahren nicht schaffte, Rechtsstaatlichkeit im Kosovo durchzusetzen und die Rechte der Minderheiten zu garantieren, ist es schon zynisch und mithin eine Bankrotterklärung, wenn sie Kosovos Unabhängigkeitserklärung nun dazu nutzt, um Minderheiten nach Kosovo abzuschieben.

Zehn Jahre nach Ende des Krieges geht es nach wie vor darum, Bedingungen zu schaffen, die es Minderheiten erlauben, in Kosovo zu bleiben und zu überleben. Erst danach kann über eine Rückkehr der Flüchtlinge nachgedacht werden, auf freiwilliger Basis.

¹ Diese Zahl umfasst auch solche Menschen, die sich zu einer „freiwilligen“ Rückkehr entschlossen haben, um einer drohenden Abschiebung zu entgehen.